

*Achtes Deutsch-Britisches Gewerkschaftsforum*

---

Frankfurt (Oder), 2. und 3. Juli 2009

## **Green Jobs in Germany and the UK**

Konferenzbericht

Deutsch-Britische Stiftung für das  
Studium der Industriegesellschaft

Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro London

Hans-Böckler-Stiftung

## **Deutsch-Britische Stiftung für das Studium der Industriegesellschaft**

Die 1973 gegründete Deutsch-Britische Stiftung trägt zur politischen Entscheidungsfindung in Deutschland und Großbritannien bei, indem sie vergleichende Forschungsprojekte im Bereich Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik fördert. Ziel ist es, den Ideen-, Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen deutschen und britischen Experten aus Theorie und Praxis anzuregen und zu fördern.

## **Hans-Böckler-Stiftung**

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie ist in allen ihren Aufgabenfeldern der Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft verpflichtet. Sie wirbt für diese Idee und tritt für erweiterte Mitbestimmungsrechte ein.

## **Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro London**

Das Londoner Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde 1988 eröffnet, um für ein besseres politisches Verständnis in den deutsch-britischen Beziehungen zu werben. Zudem fördert das Büro den Dialog zwischen den beiden Ländern in wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen und politischen Angelegenheiten.

© Deutsch-Britische Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung

### **Berichtersteller: Guntram Doelfs, Freier Journalist, Berlin**

Deutsch-Britische Stiftung für das Studium der Industriegesellschaft  
34 Belgrave Square, London SW1X 8DZ  
Tel: +44 (0)20 7823 1123 Fax: + 44 (0)20 7823 2324  
E-mail: [info@agf.org.uk](mailto:info@agf.org.uk) Internet: [www.agf.org.uk](http://www.agf.org.uk)

Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro London  
66 Great Russell Street  
London WC1B 3BN  
Tel: +44-(0)20-7025 0990 8745 Fax: +44-(0)20-7242 9973  
E-Mail: [info@feslondon.net](mailto:info@feslondon.net) [www.feslondon.org.uk](http://www.feslondon.org.uk)

Hans-Böckler-Stiftung  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf  
Tel +49 (0)211-7778 153/4 Fax +49 (0)211-7778 256  
E-mail: [Nikolaus-Simon@boeckler.de](mailto:Nikolaus-Simon@boeckler.de) Internet: [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)

# Inhalt

|  |   |
|--|---|
| <b>Zusammenfassung des Berichterstatters</b> ..... | 4 |
|--|---|

## **Umweltschutz schafft Arbeit**

|  |   |
|--|---|
| Einführende Worte von Michael Sommer, DGB-Vorsitzender ..... | 9 |
|--|---|

## **Session 1**

### **Green Jobs: Innovativ, aber fair?**

#### **Einleitende Worte zur Situation in Brandenburg**

|   |    |
|---|----|
| Olaf Himmel, Vorsitzender DGB-Region Ostbrandenburg ..... | 11 |
|---|----|

### **Green New Deal und Green Jobs**

#### **Einführung zur aktuellen Situation in Deutschland**

|   |    |
|---|----|
| Prof. Martin Jänicke, Forschungsstelle für Umweltpolitik,<br>Freie Universität Berlin ..... | 13 |
|---|----|

### **Green Jobs und berufliche Qualifikation**

#### **Einführung zur aktuellen Situation in Großbritannien**

|  |    |
|--|----|
| Sue Ferns, Mitglied im TUC General Council und Bereichsleiterin<br>Forschung bei der Gewerkschaft Prospect ..... | 17 |
|--|----|

|                         |    |
|-------------------------|----|
| <b>Diskussion</b> ..... | 22 |
|-------------------------|----|

## **Session 2**

### **Panel: Regionale Akteure und Förderer von Green Jobs**

|  |    |
|--|----|
| Kevin Rowan, TUC Northern<br>Angelika Thomas, Leiterin Ressort & Technologie, Vorstand IG Metall<br>Prof. Martin Jänicke, Forschungsstelle Umweltpolitik, Freie Universität<br>Berlin, Harald Frick, Betriebsrat Conergy, Frankfurt (Oder) ..... | 24 |
|--|----|

|                         |    |
|-------------------------|----|
| <b>Diskussion</b> ..... | 29 |
|-------------------------|----|

## **Zusammenfassung des Berichtstatters**

Angesichts des sich abzeichnenden Klimawandels und knapp werdenden Ressourcen vollzieht sich derzeit im öffentlichen Diskurs ein radikaler Bewusstseinswandel. Immer mehr Menschen erkennen, dass ein Festhalten an einem ressourcenintensiven Industrialismus dauerhaft die Lebensgrundlagen der Menschheit zerstört. Mit der Einsicht wächst die Zustimmung für einen schnellen Umstieg auf eine nachhaltige und umweltschonende Industrieproduktion. Das rasante Wachstum der regenerativen Energien in Deutschland belegt, dass dieser Umbau nicht nur ökologisch sinnvoll ist. Bei entsprechender politischer Steuerung profitieren auch die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt massiv von diesem Green New Deal. Eine ökologische Modernisierung schafft Millionen neuer Arbeitsplätze. Längst haben die deutschen und britischen Gewerkschaften das große Potenzial der „Green Jobs“ erkannt. Ein guter Grund also, diese zum Thema des 8. Deutsch-Britischen Gewerkschaftsforums zu machen.

Die Tagung Anfang Juli in Frankfurt (Oder) zeigte, wie unterschiedlich die Entwicklung der Umweltindustrie zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich verläuft. Prof. Martin Jänicke präsentierte Zahlen über die aktuelle Situation in Deutschland. Danach arbeiten mehr als 1,8 Millionen Menschen in diesem Bereich, rund acht Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts werden inzwischen hier erwirtschaftet. Besonders stark ist das Wachstum im Bereich der regenerativen Energien, die bereits mehr als 300.000 Menschen Arbeit bieten. Bis zum Jahr 2020 könnte sich nach Prognosen die Zahl der Beschäftigten in der Umweltindustrie auf 3,6 Millionen verdoppeln.

In Großbritannien arbeiten derzeit 880.000 Menschen im Umweltsektor. Die regenerativen Energien zählen derzeit lediglich 7000 Beschäftigte. Prognosen rechnen jedoch auch im Vereinigten Königreich mit einem deutlichen Anstieg der Arbeitsplätze um weitere 400.000 bis 2015. Auffällig ist, dass sich sowohl in Deutschland wie auch in Großbritannien das Wachstum bei Green Jobs überwiegend in bereits bestehenden Industrien vollzieht. Dort erschließen viele Firmen parallel zu ihrer aktuellen Produktpalette neue Segmente im Umweltbereich.

Martin Jänicke belegte in seinem Vortrag am Beispiel Deutschland detailliert, wie eine anspruchsvolle Klimapolitik den Prozess eines ökologischen Umbaus stimulieren kann. Mit der Einführung einer verbindlichen Einspeisevergütung in Deutschland wurde nicht nur eine Welle der Patentanmeldungen in den nachhaltigen und umweltfreundlichen Technologien ausgelöst. Sie ermöglichte jungen innovativen Unternehmen, ihre Produkte über Jahre wettbewerbsfähig zu machen und auf dem Markt zu etablieren.

Diese moderne Klimapolitik führt zu vielen weiteren positiven Effekten. Ein Beispiel: Weil die Ressourceneffizienz steigt und die Rohstoffkosten dadurch sinken, steigt die Produktivität der gesamten Wirtschaft. Eine Steigerung der Produktivität erfolgt also nicht über Kostendruck auf den Faktor Arbeit. In Deutschland beträgt der prozentuale Anteil der Arbeitskosten an den Gesamtproduktionskosten nur noch 18 Prozent, während die Rohstoffkosten mehr als 40 Prozent betragen. Die Erkenntnis hat eine doppelte Bedeutung für die Arbeit der Gewerkschaften. Arbeitgeber verlieren zumindest kurz- und mittelfristig ihre Argumente für eine fortgesetzte Kostensenkung bei Löhnen und Gehältern. Und Gewerkschaften müssen ihre bisherige Ausrichtung als Mentoren von Arbeit dringend auf einen erweiterten und nachhaltigen Produktionsbegriff erweitern.

Eine anspruchsvolle Klimapolitik muss zudem einen erweiterten Begriff von Nachhaltigkeit formulieren. Nachhaltigkeit darf nicht rein ökologisch verstanden werden, sondern beinhaltet weitere Dimensionen. Dazu zählen nach Meinung Jänickes die Bereiche Wirtschaft, Soziales und Governance. Der politikwissenschaftliche Begriff umschreibt neue Formen gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Regulierung sowie deren Koordinierung und Steuerung in komplexen institutionellen Strukturen.

In Großbritannien fehlt es derzeit noch an einer langfristig ausgerichteten und stringenten Klimaschutzpolitik, auch wenn die Regierung in jüngster Zeit einige Anstrengungen unternimmt, eine nachhaltige Strategie zu entwickeln. Sue Ferns schilderte in ihrem Vortrag, wie der Gewerkschaftsdachverband TUC und die Einzelgewerkschaften seit 1998 in einen gemeinsamen Konsultationsausschuss mit der Regierung (TUSDAC) gewerkschaftliche Positionen zum Klimaschutz und

nachhaltiger Produktion einbringen. Inzwischen drängt der TUC darauf, diese Plattform zu erweitern und auch die Arbeitgeber mit einzubeziehen.

Auf deutscher Seite gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, ob ein erweitertes Konsultationsmodell nach britischem Vorbild übertragbar und sinnvoll ist. Angelika Themas von der IG Metall plädierte für eine andere Variante. Die IG Metall verfolgt danach die Strategie von branchenspezifischen Beiräten, in denen Politik, Arbeitgeber und Gewerkschaften gemeinsam Lösungen für die betreffende Branche erarbeiten. Die IG Metall will noch in diesem Jahr einen Branchenbeirat in der Automobilindustrie einrichten und hat eine entsprechende Forderung an die Bundesregierung gestellt.

Bereits zu Beginn der Konferenz wurde deutlich, wie schwierig eine eindeutige Definition des Begriffes Green Job fällt. Wann wird aus einem Produkt ein grünes Produkt, fragte Martin Jänicke in seinem Vortrag und verwies auf jene ressourcenintensiven Bereiche der deutschen Industrie, die noch traditionelle Produkte herstellen, aber verstärkt auf eine umweltschonende Produktion umstellen. Weil sich diese Entwicklung statistisch nicht klar fassen lässt, tauchen diese Prozesse in keiner Bilanz über grüne Jobs auf.

Andererseits greift die populäre öffentliche Wahrnehmung, dass zu Green Jobs vor allem jene in der regenerativen Energiebranche zählen, ebenfalls zu kurz. Warum, zeigte ein Besuch der Tagungsteilnehmer beim Windanlagenhersteller Repower in Trampe. Dort fügen Arbeiter vorgefertigte Komponenten zu Windkraftanlagen zusammen. Das Produkt ist grün und nachhaltig, die Tätigkeit jedoch eher traditionelle Industriearbeit.

Britische Tagungsteilnehmer wie Jane McCann von der Gewerkschaft GMB warnten deshalb davor, in der Debatte um den ökologischen Umbau der Industrieproduktion den Begriff „Green Job“ zu ideologisieren. Eine Debatte, die in alte, schlechte Arbeitsplätze und gute neue spalte, dürfte es für die Gewerkschaften nicht geben. „Ein Job ist ein Job“, sagte Jane McCann, die für eine Definition plädierte, die sich nicht am Charakter der Tätigkeit, sondern am Prinzip der Nachhaltigkeit orientiert.

Wie dringend ein Ausbau des gewerkschaftlichen Engagements in den regenerativen Energien ist, zeigten die Schilderungen des DGB-Regionsvorsitzenden Olaf Himmel und einiger Betriebsräte über die aktuellen Arbeitsbedingungen in der brandenburgischen Solarindustrie. Niedrige Stundenlöhne von 7,50 Euro, befristete Teilzeitverträge und staatliche Lohnergänzungsleistungen für Beschäftigte sind durchaus üblich. Conergy Betriebsrat Harald Frick bezeichnete die Situation der Leiharbeiter in der Solarenergieindustrie Ostbrandenburgs teilweise sogar als „mensenunwürdig“. Auch der Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen wird massiv behindert. Ähnliche Erfahrungen machen auch die britischen Arbeitnehmer.

Das schnelle quantitative Wachstum an Arbeitsplätzen in der Umweltindustrie sollte daher nicht den Blick vernebeln auf die realen Arbeitsbedingungen in den neuen Branchen. Eine wichtige Botschaft der Tagung lautete zutreffend: Green Jobs müssen auch gute Jobs sein. Nur eine hohe Beschäftigungsqualität sichert eine nachhaltige Entwicklung. „Just Transition“, also ein sozial gerechter und umweltpolitisch sinnvoller Übergang zur nachhaltigen Industrieproduktion, ist daher eine zentrale Herausforderung für die Gewerkschaften.

Ob der ökologische Umbau tatsächlich so erfolgreich sein wird wie prognostiziert, hängt nach übereinstimmender Auffassung aller Teilnehmer auch von der Frage ab, ob es gelingt, die Arbeitnehmer in den bestehenden traditionellen Industrien weiterzubilden und den Bedarf an hoch qualifiziertem Fachpersonal in den innovativen neuen Umweltbranchen zu befriedigen. Die Gewerkschaften dies- und jenseits der Nordsee haben zu recht erkannt, dass dies ein Kernelement ihres Engagements sein muss und dass sie die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger davon überzeugen müssen, rasch, effektiv und vorausschauend zu planen. Nur Bildung und hohe Qualifikation sichern im globalen Wettbewerb die Beschäftigung. Das gilt auch oder besonders für die neue Umweltindustrie.

Im Vereinigten Königreich ist die Situation bei der beruflichen Ausbildung und Qualifikation aufgrund spezifischer Eigenheiten im Ausbildungsbereich schwieriger als in Deutschland. Wie Sue Ferns darlegte, gefährden ausbleibende Investitionen in die Qualifizierung, das Fehlen übertragbarer Ausbildungsstandards oder Arbeitgeber, die bis heute keinen Bedarf für eine vorausschauende Qualifizierung sehen, das

Wachstum der britischen Umweltindustrie. Der TUC drängt daher mit großem Nachdruck die Regierung, endlich eine langfristige und umfassende Strategie zur Qualifizierung und Ausbildung der Beschäftigten vorzulegen.

Doch auch die europäischen Gewerkschaften müssen dringend Antworten auf ganz neue Fragen finden. Wie die Konferenz aufzeigte, lässt sich die Diskussion um einen Ausbau nachhaltiger Arbeitsplätze nicht mehr isoliert führen. So wies Nikolaus Simon von der Hans-Böckler-Stiftung auf die Gefahren der aktuellen Finanzkrise hin. Diese könnte das gesamte Projekt eines Green New Deal ausbremsen, falls der Zufluss an Risikokapital an junge innovative Unternehmen im Umweltsektor versiegen sollte. Auch andere Aspekte wie die Frage einer künftigen Finanzmarktregulierung und die Debatte um gute Arbeit gehören berücksichtigt. Die umfangreichen Wechselwirkungen zwingen die Gewerkschaften dazu, die bislang getrennt geführt Debatten zu bündeln und einheitlich zu betrachten. Green Jobs sind darin nur ein Element.

Die eigentliche Herausforderung steht den Gewerkschaften daher noch bevor, wie Kevin Rowan vom TUC Northern richtig schlussfolgerte. Nämlich jene, eine eigene Vision einer guten und nachhaltigen Arbeitsgesellschaft zu entwickeln und diese europaweit in den politischen Diskurs einzubringen.

# **Umweltschutz schafft Arbeit**

## **Green Jobs - ein zentrales Thema für die Gewerkschaften**

### **Michael Sommer, Vorsitzender Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)**

In seiner Begrüßung der Tagungsteilnehmer betonte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die große Bedeutung des Themas „Green Jobs“ für die europäischen Gewerkschaften. Sie seien ein „zentrales Thema“, das durch die Debatte um Risiken und Chancen des Klimawandels sowie durch die Wirtschafts- und Finanzkrise eine neue Aktualität erhalten habe.

Sommer verwies auf die Pariser Erklärung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) vom Mai 2009. In der Erklärung hatte der EGB ein europaweites Konjunkturprogramm mit den Schwerpunkten Arbeit und Umwelt gefordert. In einem Zeitraum von drei Jahren sollen danach jährlich ein Prozent des europäischen Bruttoinlandsproduktes (BIP) in bessere Arbeitsplätze, die Förderung von Forschung und Entwicklung, Investitionen in neue, umweltfreundliche und nachhaltige Technologien sowie in die Bewahrung hochwertiger Dienstleistungen investiert werden. Kernelemente für einen nachhaltigen Erfolg dieses Programms und für den angestrebten schnellen Übergang zu einer ressourceneffizienten Industrie sind laut Sommer jedoch eine intensive Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmer.

In Deutschland sind der DGB und seine Gewerkschaften mit einer eigenen Initiative zur energetischen Gebäudesanierung sehr erfolgreich. Die Initiative führte zu einem Förderprogramm der Bundesregierung in einer Höhe von 7,5 Milliarden Euro. 200.000 Arbeitsplätze wurden dadurch geschaffen und 300.000 Wohnungen energieeffizient saniert, was zu einer jährlichen Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um zwei Millionen Tonnen geführt hat.

Auf Vorschlag des DGB und seiner Gewerkschaften wurde das Programm der energetischen Gebäudesanierung auch in die aktuellen Konjunkturpakete I und II gegen die Folgen der Finanzkrise integriert. Der Förderbetrag wurde dazu um zusätzliche neun Milliarden Euro aufgestockt. Unter der Voraussetzung, dass die Fördermittel vollständig abgerufen werden, könnte sich nach Prognosen des DGB die Zahl der neuen Arbeitsplätze auf 600.000 verdreifachen. Auf diesen enormen Beitrag

zum Klimaschutz und zum Abbau der Arbeitslosigkeit können die Gewerkschaften nach Meinung Sommers „stolz und selbstbewusst sein“.

## **Session 1**

### **Innovativ, sauber - aber auch fair?**

#### **Zur Situation der Umweltindustrie in Brandenburg**

##### **Olaf Himmel, Vorsitzender der DGB-Region Ostbrandenburg**

Zum Beginn der Konferenz gab Himmel einen einleitenden Überblick über die Entwicklung der Umweltindustrie in Ostbrandenburg. Die Region zwischen Berlin und der polnischen Grenze ist geprägt von einer De-Industrialisierung nach der deutschen Wiedervereinigung und von einem starken Beschäftigungsgefälle zwischen den Berlin nahen Gebieten und den überwiegend landwirtschaftlich dominierten Gegenden entlang der Oder.

Weil nach der Wende die erhoffte Neuansiedlung von klassischen Industrieunternehmen bis auf wenige Ausnahmen ausblieb, setzte die Region bereits Ende der 90er-Jahre auf den Ausbau der regenerativen Energien, mit Schwerpunkt auf die Windenergie- und Solarenergiebranche.

Inzwischen haben sich mehrere lokale Industriezentren für erneuerbare Energien gebildet. In Frankfurt (Oder) und Prenzlau produzieren Unternehmen Solarmodule, in der Uckermark und rund um Cottbus gibt es Produzenten von Windenergieanlagen. Viele der Unternehmen haben ihre Mitarbeiterzahl binnen weniger Jahre rasch erhöht, etwa die 2001 gegründete aleo solar AG in Prenzlau, die ihre Mitarbeiterzahl von 70 auf heute 700 aufgestockt hat und inzwischen über weitere Produktionsstätten in Spanien und China verfügt.

Das stete Jobwachstum in den innovativen Branchen geht jedoch allzu häufig mit schlechten Arbeitsbedingungen einher, schilderte Himmel. Viele Unternehmen würden die Ängste der Arbeitnehmer, von denen viele zuvor lange arbeitslos gewesen waren, ausnutzen. Niedrige Stundenlöhne zwischen 7,50 Euro und 8,50 Euro, zu lange Arbeitszeiten oder eine starke Behinderung von Gewerkschaften beim Aufbau von Betriebsräten (Beispiele: aleo oder First Solar) trüben die Freude über die neuen grünen Jobs.

Himmel beklagte zudem ein deutliches Missverhältnis zwischen den hohen Summen an Fördermitteln, die Bundes- und Landesregierung sowie die EU zum Aufbau der regenerativen Energien in die Region investieren würden und dem, was davon letztendlich in den Lohntüten der Beschäftigten ankomme.

# **Green New Deal und Green Jobs**

## **Ein Überblick über die aktuelle Situation in Deutschland**

### **Prof. Martin Jänicke, Forschungsstelle für Umweltpolitik, FU Berlin**

Seitdem vor elf Jahren die damalige rot-grüne Regierung in Deutschland den ökologischen Umbau der deutschen Wirtschaft zur Chefsache erhob, vollzieht sich in Deutschland ein rasanter Aufbau einer neuen Umweltindustrie. Martin Jänicke präsentierte in seinem Überblick nicht nur den aktuellen Stand der ökologischen Modernisierung in Deutschland, sondern beleuchtete am Beispiel der Bundesrepublik die positiven wirtschaftlichen Effekte einer anspruchsvollen Klimaschutzpolitik.

Für Jänicke ist das wirtschaftliche Erfolgsmodell des 20. Jahrhunderts, der ressourcenintensive Industrialismus auf Basis billiger Rohstoffe, längst am Ende. Der ständig wachsende Bedarf an Energie und Rohstoffen bedrohe zunehmend die Lebensbedingungen der Menschheit und erhöhe die Kosten der Industrieproduktion. Die Menschheit kann sich dieses Wirtschaftsmodell im doppelten Sinne nicht mehr leisten.

Neu ist diese Erkenntnis nicht. Bereits vor 37 Jahren gab der „Club of Rome“ in seinem berühmten Bericht „Grenzen des Wachstums“ (1972) eine treffende Diagnose. Im gleichen Jahr widmete sich auch der Kongress „Qualität des Lebens“ der IG Metall diesem Thema. Zeitgleich entstanden erste konkrete Lösungsansätze. Das japanische Industrieministerium MITI entwickelte 1974 ein Zukunftskonzept für die heimische Industrie. Japans Industrie müsse wissensintensiv, ressourcenschonend und umweltfreundlich produzieren. Es sollte 35 Jahre dauern, bis sich der Paradigmenwechsel über die Notwendigkeit nachhaltiger Produktion endgültig durchsetzte. Verantwortlich dafür waren laut Jänicke Widerstände in der Industrie und eine neoklassische Theorie, die in die Irre geführt habe.

### **Ökologisch effiziente Industrieproduktion – der Green New Deal**

In Anlehnung an das berühmte Wirtschaftsprogramm „New Deal“ von Franklin D. Roosevelt wird in Deutschland für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft seit Jahren der Begriff „Green New Deal“ verwendet, der seinen Vorläufer im 1982

entwickelten Konzept einer „ökologischen Modernisierung“ hatte. Die Terminologie differiert, doch die politische Botschaft meint dasselbe. Der deutsche Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) prägte nach Auffassung Jänickes die politische Begriffsbildung, als er im Jahr 2006 die Notwendigkeit einer weitreichenden Klimaschutzpolitik wie folgt zusammenfasste: „Wir brauchen einen Green New Deal der Wirtschaftspolitik, der Umweltpolitik, der Beschäftigungspolitik. Sein Kern sind Innovationen.“

Green New Deal beschreibt einen neuen politischen Denkansatz für eine ökologisch effiziente Modernisierung der Industrieproduktion. Einen Wechsel von einer auf Senkung der Arbeitskosten fixierten traditionellen Ökonomien hin zu einer Wirtschaftsweise, die eine Erhöhung der Produktivität durch Reduzierung des Ressourcenverbrauchs bei gleichzeitiger Steigerung positiver Umwelteffekte erreicht. Längst spielen Arbeitskosten in der deutschen Industrieproduktion nicht mehr jene dominante Rolle, die Arbeitgeber ihnen gern noch unterstellen. Im Jahr 2006 betrug nach Angaben des Statistischen Bundesamtes der prozentuale Anteil der Rohstoffkosten an der industriellen Gesamtproduktion in Deutschland 45 Prozent, während der Anteil der Arbeitskosten auf 18 Prozent sank. Wie groß das Potenzial für eine Produktivitätssteigerung durch Ressourcenschonung ist, zeigt eine weitere Zahl. 95 Prozent der für die Produktion verwendeten Rohstoffe sind im Produkt selbst gar nicht enthalten.

### **Marktvolumen und Zukunftsprognosen**

Das Marktvolumen der Umweltindustrien ist in den vergangenen Jahren weltweit rasant gewachsen. Jänicke zitierte dazu verschiedene Studien, darunter eine Untersuchung der Unternehmensberatung Roland Berger, die für 2007 das weltweite Marktvolumen der grünen Industrien auf 1,4 Billionen Euro bezifferte. Eine neuere Studie von Innovas schätzt das Volumen sogar auf 4,4 Billionen Dollar (aktuell knapp 3,1 Billionen Euro).

In Deutschland betrug der Anteil der Umweltindustrien am Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2007 bereits 8 Prozent; die Zahl der Beschäftigten lag nach Schätzungen des Bundesumweltministeriums bei 1,8 Millionen. Die jährlichen Wachstumsraten in den Jahren 2005-2007 waren hoch. Einige Beispiele: 29 Prozent im gesamten

Bereich erneuerbare Energien, 20 Prozent im Bereich Energieeffizienz und 18 Prozent im Recyclingbereich. Geradezu dramatisch ist das Wachstum bei solarthermischen Anlagen mit 110 Prozent. Allein im Bereich der erneuerbaren Energien verdoppelte sich in Deutschland seit 2004 die Zahl der Beschäftigten auf mehr als 300.000.

Dennoch gibt es große Probleme, „grüne Arbeitsplätze“ eindeutig zu definieren. Wann wird aus einem Produkt ein grünes Produkt? Daher sind in den vorgestellten Zahlen keine traditionellen Industriebereiche berücksichtigt, die ihre Produktion zunehmend umweltschonender gestalten, etwa umwelt- und ressourcenintensive Unternehmen. Ihr Anteil am deutschen BIP beträgt 44 Prozent.

Die Prognosen für die weitere Entwicklung der Umweltindustrien bleiben in Deutschland trotz der aktuellen Krise optimistisch. Bis 2010 soll allein der Sektor der erneuerbaren Energien jährlich um 35 Prozent wachsen. Roland Berger hält eine Verdoppelung der Beschäftigten im Ökosektor bis zum Jahr 2020 für möglich, in den erneuerbaren Energien wird nach neuesten Berechnungen die Beschäftigtenzahl auf bis zu einer Million wachsen.

Ein Anteil am BIP von 14 Prozent im Jahr 2020 ist möglich. Allerdings nur, wenn die deutschen Arbeitnehmer für die notwendige Qualifikation aus- und weitergebildet würden, wie Jänicke betonte.

### **Wirtschaftliche Effekte einer modernen Klimapolitik**

Eine anspruchsvolle Klimapolitik erzeugt nach Jänickes Überzeugung positive wirtschaftliche und politische Effekte. Dazu zählen:

- Steigerung der Effektivität: Politische Vorgaben für eine nachhaltige Produktion erzwingen technologische und organisatorische Verbesserungen.
- Stimulation von Innovationen: Mit der Einführung einer gezielten Einspeiseförderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erleichterte die Bundesregierung regenerativen Energien den

Marktzugang. In der Folge stiegen die Patentanmeldungen in diesem Bereich dramatisch an.

- Beschleunigung des Innovationsprozesses durch einen wachsenden Öko-Sektor
- Politischer Beschleunigungseffekt: Die Beschleunigung des Innovationsprozesses und die Steigerung der Effektivität haben Rückwirkungen auf die politischen Vorgaben im Klimaschutz. Ein typisches Beispiel einer Wirkungskette aus dem Bereich des ökologischen Hausbaus: Energieeinsparung durch Wärmedämmung - Niedrigenergiehaus - Passivenergiehaus - Energieplus Haus (Freiburg), in dem nicht nur eingespart, sondern Energieüberschuss produziert wird.
- Doppelter Wachstumseffekt: Klimaschutzindustrien wachsen nicht nur schnell, sondern erhöhen auch die gesamtwirtschaftliche Produktivität. Produktionskosten können branchenübergreifend gesenkt werden, da deren Ressourcen- und Energieverbrauch sinkt.
- Demonstrationseffekt: Eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik animiert politisch und wirtschaftlich zur Nachahmung. So wurde das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mit seiner verbindlichen Einspeisevergütung zum Vorbild für 45 weitere Länder.

Zum Abschluss seines Vortrages erinnerte Jänicke daran, dass eine anspruchsvolle Klimaschutzpolitik nicht im wettbewerbsfreien Raum stattfindet. Durch aufstrebende Schwellenländer wie China oder Indien entstehe ein großer politischer und wirtschaftlicher Druck, auf den die Politik rasch reagieren müsse. Dennoch sei es falsch, zu glauben, dass der Markt allein den technologischen Fortschritt im Klimaschutz vorantreiben könne.

# **Green Jobs und berufliche Qualifikation**

## **Ein Überblick über die Situation im Vereinigten Königreich**

### **Sue Ferns, Mitglied im TUC General Council und Bereichsleiterin Forschung in der Gewerkschaft Prospect**

Sue Ferns umriss in ihrem Vortrag, wie sich die britischen Einzelgewerkschaften und der Gewerkschaftsdachverband Trades Union Congress (TUC) für das Thema ökologische Modernisierung politisch positionieren - und wie die Gewerkschaften versuchen, die theoretische Diskussion in praktische Politik und wirtschaftliches Umsteuern umzusetzen. Wesentliche Eckpfeiler der Aktivitäten der Gewerkschaften sind dabei das politische Konzept eines gerechten und sozialverträglichen Übergangs zu einer umweltschonenden Produktion („Just Transition“) sowie eine langfristige Strategie für eine bessere Ausbildung und Qualifikation der Beschäftigten.

### **Gewerkschaften beraten Regierung zur Klimaschutzpolitik**

Bereits seit 1998 engagieren sich die britischen Gewerkschaften im Trade Union Sustainable Development Advisory Committee (TUSDAC), einem beratenden Ausschuss zwischen Gewerkschaften und der Regierung, zu Fragen einer nachhaltigen Entwicklung und des Klimaschutzes. Das Gremium bietet nach Auffassung Ferns nicht nur die Möglichkeit, gewerkschaftliche Positionen direkt in den politischen Prozess einfließen zu lassen, sondern auch eine Chance für gemeinsame Initiativen, etwa bei der Umsetzung von Umweltverbesserungen am Arbeitsplatz.

Der einschneidende Strukturwandel zwingt die britischen Gewerkschaften, deren Mitglieder zum überwiegenden Teil noch immer aus den traditionellen Industriebranchen kommen, zu Antworten auf ganz neue Fragen: Was ist eigentlich ein grüner Arbeitsplatz? Wie kann verhindert werden, dass ideologisch ein Spalt zwischen Arbeitnehmern in den alten, traditionellen Industrien und jenen in den neuen Umweltbranchen entsteht? In der aktuellen Publikation „Green workplaces – Unions and Climate Change“ orientiert sich der TUC an der Definition des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP). Danach ist unter Green Job jede

Arbeit in Landwirtschaft, Produktion, Forschung und Entwicklung, Verwaltung und Service zu verstehen, die wesentlich dazu beiträgt, die Umweltqualität zu erhalten oder zu verbessern.

Bei einem ökologischen Umbau der britischen Wirtschaft rechnet Ferns mit vier grundsätzlichen Entwicklungen für die Beschäftigten:

- Zusätzliche Arbeitsplätze werden entstehen, etwa in der Umweltschutztechnik.
- Bestehende Arbeitsplätze werden ersetzt, etwa durch den Umstieg von fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energien.
- Ein Teil der Arbeitsplätze geht verloren und wird nicht ersetzt.
- Bestehende Arbeitsplätze wandeln sich und werden inhaltlich den Erfordernissen des ökologischen Umbaus angepasst.

### **Sozial und gerecht in die grüne Zukunft**

Auf der Basis dieser Annahmen hat der TUC Kernpunkte entwickelt, wie dieser Strukturwandel sowohl sozialverträglich als auch umweltpolitisch sinnvoll begleitet werden sollte. Dazu gehören die Sicherstellung von ausreichenden Investitionen in grüne Arbeitsplätze und in den Ausbau kohlenstoffarmer Technologien, eine langfristige Strategie für eine qualifizierte Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten sowie ein regelmäßiger Austausch zwischen Industrie, Gewerkschaften und Regierung. Diesen Austausch gibt es laut Ferns im Vereinigten Königreich bislang nicht.

Im Detail hat der TUC in der Publikation „A green and fairer future“ vorgestellt, wie er sich die Unterstützung für Beschäftigte, Firmen und Kommunen in diesem Strukturwandel prinzipiell vorstellt. Dazu zählen außer der oben bereits erwähnten Betonung auf Aus- und Weiterbildung:

- Bereitstellen von Hilfsangeboten („transition packages“) für Beschäftigte, die umschulen oder für einen neuen Job umziehen müssen.
- Hilfe für Kommunen, die vom Strukturwandel betroffen sind.
- Strategien zur umweltfreundlichen Umgestaltung des Arbeitsplatzes.
- Verhinderung von Sozialabbau und Lohndumping in den neuen Umweltindustrien. Die Qualität der Arbeit ist genauso wichtig wie die Zahl der neu geschaffenen Stellen.

### **Green Jobs in Großbritannien: trübe Gegenwart, gute Prognosen**

Aktuell arbeiten nach Angaben der britischen Regierung 880.000 Menschen im Umweltsektor. Hierzu zählen die Bereiche erneuerbare Energien, Umweltschutztechnik, Bio-Kraftstoffe oder neue kohlenstoffarme Industrien wie die in Großbritannien stark geförderte CCS-Technik (Carbon Capture and Storage, Abscheiden von Kohlendioxid bei der Verbrennung von Kohle und anschließende Speicherung in unterirdischen Gesteinsschichten). Wie sich die Lage aktuell exakt darstellt, sei nach Meinung von Ferns schwierig zu beurteilen, da es auf nationaler Ebene an einer Institution fehle, die diesen Prozess beobachtet.

Jüngste Beispiele für eine positive Entwicklung sind der Bau von Brennstoffzellen in einem Rolls-Royce-Werk in Bristol oder die gerade gestartete Produktion von Turbinen für Gezeitenkraftwerke in Schottland. Auch in der Windenergie wächst die Beschäftigung. Dennoch: Im Gegensatz zu Deutschland ist der Bereich der erneuerbaren Energien in Großbritannien bislang kaum entwickelt. Lediglich 7000 Beschäftigte arbeiten dort laut TUC derzeit, davon 4800 in der Windenergie.

Die Prognosen sind vielversprechend. Sue Ferns stellte Ergebnisse verschiedener Untersuchungen vor, darunter der Aldersgate Group, die bis 2015 im Umweltsektor zusätzliche 400.000 Jobs prognostiziert. Der Carbon Trust rechnet bis 2050 mit 250.000 neuen Jobs durch Offshore-Windparksanlagen und Wellenkraftwerke.

Die britische Regierung versucht mit verschiedenen Förderprogrammen die Entwicklung zu unterstützen. Im aktuellen Etat sind 1,4 Milliarden britische Pfund für Umweltprogramme, etwa die Förderung von Offshore-Windparksanlagen, vorgesehen.

Ferns kritisierte jedoch die Förderung als viel zu gering. Der TUC hatte ein umfassenderes „grünes“ Konjunkturpaket in Höhe von 16,8 Milliarden Pfund gefordert, um unter anderem erneuerbare Energien, umweltfreundliche Produktionstechniken, spritsparende Autos oder die CCS-Technik zu fördern.

Durchsetzen konnte sich der TUC bei der Regierung damit ebenso wenig wie mit seiner Forderung nach einer schnellen Einführung einer Einspeisevergütung, die bis 2020 nach Expertenschätzungen bis zu 100.000 neue Arbeitsplätze schaffen könnte. Auch auf eine politische Strategie für eine emissionsarme und umweltfreundliche Industrieproduktion warten die Gewerkschaften noch immer. Sie soll im Laufe dieses Jahres veröffentlicht werden.

### **Fehlende Qualifikation behindert Wachstum im Umweltsektor**

Ob eine ökologische Modernisierung in Großbritannien tatsächlich erfolgreich sein wird, hängt nach Auffassung der britischen Gewerkschaften zentral vom Bildungs- und Qualifikationsstand der Beschäftigten ab. Doch da liegt vieles im Argen, wie Ferns berichtete.

In einem Weißbuch zur Situation im Energiesektor listete der TUC 2007 Qualifikationsmängel und Ausbildungslücken und die daraus resultierenden Probleme auf. Dazu zählen unter anderem ein Mangel an hoch qualifizierten Fachkräften, da diese aufgrund starker weltweiter Nachfrage inzwischen global tätig sind, eine alternde Belegschaft, fehlende Investitionen in Qualifizierung im Zuge der Privatisierung des britischen Energiesektors oder das Fehlen von allgemein anerkannten und übertragbaren Ausbildungs- und Qualifikationsstandards.

Noch schwieriger ist die Qualifikationssituation für Jobs in den neuen Umweltbranchen. Obwohl es dort klare Anzeichen für einen latenten Mangel an ausgebildeten Fachkräften gibt, würden die Arbeitgeber keinen Bedarf artikulieren, stellte eine Studie des britischen Umweltministeriums fest. Schon jetzt reichen die Ausbildungskapazitäten nicht aus, ganz zu schweigen von einer notwendigen

Weiterqualifizierung der bestehenden Belegschaft für die Bedürfnisse einer nachhaltigen und umweltschonenden Produktion.

Gleichzeitig konzentriert sich die berufliche Ausbildung derzeit stark auf die Vermittlung niedriger Basisqualifikationen, während moderne, nachhaltig produzierende Unternehmen hoch qualifizierte Fachkräfte nachfragen. Eine Mitschuld an der Situation trage auch die Regierung, kritisierte Ferns. Zwar habe die Regierung im März in dem Strategiepapier „New Industry, new Jobs“ eine stärkere Förderung in der Ausbildung und Qualifizierung für die neuen Umweltmärkte angekündigt, aber noch immer gebe es kein langfristiges politisches Konzept dazu, kritisierte Ferns. Organisationen im Ausbildungsbereich falle es damit schwer, vorausschauend zu planen.

Ferns zog ein gemischtes Resümee über die aktuelle Situation des ökologischen Umbaus in Großbritannien. Zwar sage die Regierung die richtigen Dinge und schiebe einige positive Entwicklungen an, doch der Prozess verlaufe viel zu langsam. Die Forschungsleiterin von Prospect teilte die Kritik der Aldersgate Group am Konjunkturpaket der britischen Regierung. Weil der Umweltanteil in diesem Programm nur 10,6 Prozent betrage, verpasse das Vereinigte Königreich laut Ferns eine gute Chance zum Umsteuern.

Die britischen Gewerkschaften verlangen daher einen klaren Aktionsplan von der britischen Regierung, um die keimenden neuen Umweltindustrien stärker zu fördern. Es müsse einen klaren politischen und wirtschaftlichen Rahmen geben, der nicht nur auf Kostensenkung fokussiert sei, sondern gezielte Investitionen in Qualifikation und Arbeitsplätze ermögliche, forderte Ferns.

## Diskussion

Dieser Abschnitt fasst die wesentlichen Punkte der Diskussion zusammen. Die Punkte sind thematisch strukturiert und folgen nicht dem chronologischen Ablauf der Debatte.

- Eine Diskussion über die Entwicklungschancen eines Green New Deal ist besonders aus britischer Gewerkschaftssicht ohne eine klare Definition des Begriffes „grüner Arbeitsplatz“ nicht sinnvoll. Diese Definition sollte sich am Grundsatz der Nachhaltigkeit orientieren. Grüne Arbeitsplätze sind danach alle Arbeitsplätze, die die Umwelt nachhaltig durch neue Arbeitsmethoden und -techniken verbessern.
- In Deutschland läuft die Diskussion nicht mehr um den vermeintlichen Konflikt zwischen neuer grüner und alter schlechter Technologie. Vielmehr interessiert, wie in den klassischen Industriebranchen nachhaltige Produktion integriert werden kann und der Strukturwandel von den Gewerkschaften unter dem Stichwort „Just Transition“ begleitet werden sollte.
- Dazu zählt auch, welche neuen Anforderungen für die Qualifikation und Weiterbildung der Beschäftigten definiert werden müssen und wie die Gewerkschaften vorausschauend auf diesen Prozess einwirken? Da die Fähigkeit zur Innovation von der Organisation der Arbeit und der industriellen Beziehungen abhängt, müssen Gewerkschaften die Bedeutung von Kompetenz und Qualifikation der Arbeitnehmer stärker betonen.
- Es darf nicht zu einem Auseinanderfallen von traditioneller Arbeitsorganisation auf der einen Seite und grünen Arbeitsplätzen auf der anderen Seite kommen. Nur so können Gewerkschaften die Beschäftigten in den klassischen Branchen für eine ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft begeistern.
- Gewerkschaften sind in einer zentralen Position, um die Beschäftigten nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch im privaten Bereich zu Verhaltensänderungen zu animieren und sie für ökologische Themen zu

begeistern. In Großbritannien zeigt das Beispiel der sogenannten „Grünen Repräsentanten“, wie erfolgreich diese Strategie sein kann.

- Der Umbau der traditionellen Industriegesellschaft zu einer nachhaltigen Produktionsweise darf nicht nur rein ökologisch betrachtet werden. Es muss vier Dimensionen von Nachhaltigkeit geben: Ökonomie, Ökologie, Soziales und Governance.
- Grüne Arbeitsplätze müssen auch gute Arbeitsplätze sein. Es reicht nicht aus, Arbeitsplätze nur unter Umweltaspekten zu betrachten. Die Aufgabe von Gewerkschaften ist es, auch an grünen Arbeitsplätzen Lohndumping und den Abbau von Arbeitnehmerrechten zu verhindern.
- Der aktuelle Kollaps der ökonomischen Orthodoxie und die globale Krise von finanzgeführten, auf Konsumwachstum orientierten Ökonomien zwingen auch die Gewerkschaften, viel weitreichender über Alternativen nachzudenken. Es reicht nicht mehr aus, nur über den Übergang zu einer umweltfreundlichen Wirtschaftsordnung und über grüne Arbeitsplätze nachzudenken. Längst geht es bei diesem Paradigmenwechsel um mehr als um eine ökologische Revolution; es geht um die Frage, wie eine gute Gesellschaft aussehen soll und wie diese erreicht werden kann.
- Der Glaube an ökonomisches Wachstum als Triebfeder für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung muss viel stärker hinterfragt werden. Dazu gehört auch das Nachdenken darüber, wie die begrenzten vorhandenen Ressourcen besser umverteilt werden können. Reiche Länder wie England oder Deutschland sollten die Krise nicht dazu nutzen, den klassischen Wachstumsbegriff einfach durch eine Philosophie des „Green Growth“ zu erweitern.

## **Session 2**

### **Regionale Akteure und Förderer von Green Jobs**

Der zweite Teil der Tagung war als Panel mit vier Podiumsteilnehmern angelegt. In einer Mischform aus längeren Statements von Teilnehmern des Podiums und vertiefender Diskussion ging es um die Frage, welche ungenutzten Potenziale es zur Schaffung von Green Jobs in den grünen Technologien gibt und wo die Teilnehmer aktuelle Handlungsfelder sehen. Moderiert wurde das Panel von Heike Kauls, Leiterin des Bereichs Energie- und Umweltpolitik im DGB-Bundesvorstand.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit hat der Berichterstatter längere Podiumsbeiträge und anschließende Diskussion in zwei Abschnitte unterteilt.

#### **Session 2a**

##### **Kevin Rowan, Regionalsekretär TUC Northern**

Im Nordosten Englands bieten sich derzeit nach Ansicht von Rowan zahlreiche Entwicklungschancen zur Schaffung von neuen Jobs in den grünen Technologien. Zentrale Entwicklungsbereiche sind:

- **CCS-Technik:** Aktuell hat die Regierung erklärt, dass sie eine Pilotanlage für ein sauberes Kohlkraftwerk errichten will. Der TUC hofft, dass diese im Norden der Region gebaut wird. Eine zweite, noch innovativere Anlage wird derzeit für den Süden der Region diskutiert. Geplant ist, abgespaltenes Kohlendioxid in schlafende Gasfelder in der Nordsee zu leiten. Ein Nebenprodukt von CCS ist Wasserstoff, der damit als Rohstoff für die sich gerade entwickelnde Wasserstoffindustrie im Süden der Region dienen kann.
- **Windenergie:** Die Regierung fördert große Offshore-Windfarmen in der Nordsee und in der Irischen See. Dafür werden Ländereien der Krone zur Verfügung gestellt. Im Herbst steht zudem die nächste Runde der Lizenzvergabe für die Produktion von 5 Megawatt-

Windturbinen bevor. Firmen wie Siemens, Vestas, Mitsubishi oder GEC sind daran interessiert. Rowan ist optimistisch, dass es schon bald ein wahrnehmbares Wachstum geben wird.

- Elektroautos: Nissan will in seiner bereits bestehenden Autofabrik in Washington verstärkt Elektroautos entwickeln und hat dazu eine Vereinbarung mit der lokalen Wirtschaftsförderung geschlossen. Der TUC ist optimistisch, dass dies der schwer gebeutelten Autobranche neuen Schub geben wird. Parallel dazu benötigt Nissan eine neue Fabrik für die Produktion von Batterien, die 600 neue Jobs schaffen könnte. Ferner wird die in der Region entwickelte Milkfloat-Technologie (Elektro-Lieferwagen für Milchtransporte) vermarktet. Ein wichtiger Fortschritt ist die Einigung stattlicher Stellen in der Region auf eine Förderung der Entwicklung von E-Autos.

Auffällig ist, dass das Wachstum an grünen Jobs sich überwiegend in bereits bestehenden Industrien vollzieht (Beispiele: Glasindustrie, die in die Photovoltaik einsteigt oder Offshorezulieferer, die nun Windturbinen bauen). Ein Strategiewechsel ist derzeit nicht nur in den Chefetagen zu beobachten, sondern auch in den regionalen Wirtschaftsförderungsagenturen, die aufgrund des Fehlens von Landesregierungen in Großbritannien eine bedeutende Rolle spielen. Laut Rowan gibt es die Vision, den Nordosten zur führenden Region für grüne Technologien zu entwickeln.

Das maximale Jobpotenzial in den grünen Technologien wird derzeit in Englands Nordosten auf 50.000 Arbeitsplätze geschätzt, bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 1.1 Millionen. Dieses Potenzial kann aber nur dann ausgereizt werden, wenn es gelingt, eine regionale Zulieferindustrie für den Umweltsektor zu etablieren.

Rowan sieht vier zentrale Handlungsfelder:

- Das Potenzial in reale Jobs umsetzen: Hier sind besonders die Gewerkschaften gefragt, die den Prozess vorantreiben müssen.

- Berufliche Qualifikation verbessern: Es gibt erste positive Schritte. Aktuell werden zwei Ausbildungszentren für nachhaltige Technologien aufgebaut.
- Lokale Behörden unterstützen: Der TUC versucht, mithilfe sogenannter assistierter Entwicklungszonen lokale Behörden bei einer flexibleren Unterstützung von Investoren zu helfen. Es gibt bereits das Beispiel einer solchen Zone für kohlenstoffarme Produktion, die allerdings von der Zentralregierung abgelehnt wurde. Die Gründe für die Ablehnung nannte Rowan nicht.
- Vorteil starker Gewerkschaften: Es gilt, Firmen und Behörden von den Vorteilen einer starken Gewerkschaft vor Ort zu überzeugen.

**Angelika Thomas, Mitglied im Vorstand der IG Metall und Leiterin des Ressorts Technologie & Umwelt in der Wirtschaftsabteilung**

Thomas skizzierte, wie die IG Metall auf den Strukturwandel in der deutschen Energieerzeugung reagiert. Danach weitet die Gewerkschaft derzeit ihre im klassischen Anlagenbau erprobte Branchenzusammenarbeit mit Betriebsräten auf den Sektor der erneuerbaren Energien aus. Gemeinsam mit den Betriebsräten diskutiert sie Themen wie veränderte Qualifikationsanforderungen mit den Beschäftigten, außerdem Markt- und notwendige Produktveränderungen, eine vorausschauende Positionierung gegenüber der Unternehmensleitung über die Einführung neuer Technologien oder die Frage, wie die Gewerkschaften die politischen Rahmenbedingungen positiv verändern können.

Die Gewerkschaften müssen laut Thomas den Strukturwandel vorausschauend begleiten, um nicht von einem plötzlich einsetzenden Beschäftigungsabbau überrascht zu werden. Längst haben die wirtschaftlichen Veränderungen auch die Zulieferindustrie erfasst. Vor allem dort laufe derzeit der strukturelle Umbau, wie Thomas am Beispiel des mittelständischen Bergbauzulieferers Eickhoff schilderte. Dieser habe sich erfolgreich als Zulieferer für Hersteller von Windkraftanlagen etabliert. 50 Prozent der Produktpalette gehen inzwischen in den Windanlagenbau.

Diese Entwicklung einer neuen, grünen Industrieproduktion in Unternehmen mit klassischer Industriefertigung erlaubt es den Gewerkschaften nicht mehr, zwischen „alten“ und „neuen“ Industrien zu unterscheiden. Für die IG Metall sei daher die eigentliche Aufgabe, diesen Prozess einheitlich zu betrachten und zu entwickeln, so Thomas.

Wesentlich für einen dauerhaften Markterfolg von regenerativen Energien ist eine politische Rahmengesetzgebung, die die Markteinführung neuer Technologien unterstützt. Nach Ansicht von Thomas hat es in Deutschland erst das Erneuerbare-Energien-Gesetz jungen Unternehmen ermöglicht, ihre grünen Produkte leistungsfähig zu machen und einen Markt dafür zu entwickeln.

### **Harald Frick, Betriebsrat Conergy, Frankfurt (Oder)**

Im Gegensatz zur euphorischen öffentlichen Diskussion über das rasante Wachstum der erneuerbaren Energien in Deutschland ist die wirtschaftliche Situation der Solarmodulhersteller in der Region Frankfurt (Oder) aktuell schwierig, wie Frick am Beispiel Conergy schilderte. Die Produktion bei Conergy liegt danach aktuell bei einem Sechstel der möglichen Kapazität, das Unternehmen lebe von direkten und indirekten Subventionen.

Frick sah die Hauptursache für die fehlende Nachfrage im Mangel an geeigneten Flächen für Solaranlagen. Vielen Investoren suchen in Deutschland Flächen, finden diese aber nicht in ausreichendem Maße. Die deutsche Politik müsse da neue Lösungen finden und beispielsweise Dächer von öffentlichen Gebäuden zu Verfügung stellen.

Handlungsbedarf sah Frick auch bei der Arbeitssituation der Leiharbeiter in der Solarenergiebranche. Angesichts von Stundenlöhnen von sechs Euro und Teilzeitverträgen sind viele Leiharbeiter auf zusätzliche staatliche Zuschüsse angewiesen.

### **Martin Jänicke, Forschungsstelle Umweltpolitik, FU Berlin**

Für den Wissenschaftler ist die Beschleunigung des Tempos beim ökologischen Umbau das zentrale Thema. Wesentlich dafür sei eine stärkere Förderung der Marktdurchdringung von nachhaltigen Produkten und aus globaler Sicht eine bessere

Organisation von sogenannten Lead-Märkten. Darunter versteht Jänicke reiche Länder, die mittels staatlicher Förderung die technologische Entwicklung vorantreiben und die Kosten dafür übernehmen.

Ein weiteres Handlungsfeld ist der grundlegende Umbau des Steuersystems. Eine ökologische Steuerreform muss mit der heutigen Praxis brechen, Löhne statt Ressourcenverbrauch zu besteuern. Bestandteil einer Steuerreform könnte zudem die Einführung einer Klimasteuer, die sich am britischen Vorbild Climate Change Levy orientiert. Diese wurde im Vereinigten Königreich 2001 eingeführt, um in Unternehmen die Energieeffizienz zu steigern und die Emissionen von Treibhausgasen zu senken. Jänicke hält dies für eine geniale Idee, um einen Beschleunigungseffekt zu erreichen.

Weitere Vorschläge von Jänicke waren:

- Leasing von alternativen Energien: Anlagen im Bereich regenerative Energien sind noch immer erheblich teurer als konventionelle Anlagen, was potenzielle Käufer abhält. Warum nicht den Anlagenpreis auf den Strompreis umlegen?
- Eine gezielte Förderung von Energieplushäusern.
- Grünbrücken in der Bauwirtschaft: Bislang wurde viel Geld in die Betonierung der Umwelt gesteckt. Nun fließt das Geld in den Rückbau, um die Lebensqualität in den Städten verbessern.

## Session 2b

### Diskussion

- Ein gemeinsamer und institutionalisierter Konsultationsprozess zwischen Politik, Gewerkschaften und Arbeitgebern bietet eine Chance, den ökologischen Umbau zu beschleunigen. Auf britischer Seite drängt der TUC die Regierung, ein entsprechendes Forum mit den Arbeitgebern zu schaffen. Auf deutscher Seite wurde die Idee geteilt aufgenommen. Die IG Metall hält spezifische Branchenbeiräte für sinnvoller, in denen Gewerkschaften gemeinsam mit der Regierung und den Arbeitgebern die Auswirkungen eines Strukturwandels diskutieren und mit Maßnahmen verbinden. Die IG Metall hat die Bundesregierung aufgefordert, einen solchen Branchenbeirat für die Autoindustrie einzurichten.
- Die Diskussion um den Ausbau nachhaltiger Arbeitsplätze lässt sich nicht isoliert führen, sondern gehört in einen erweiterten Kontext. So gefährdet die aktuelle Finanzkrise den Zufluss von Risikokapital an innovative Unternehmen im Umweltsektor. Auch die Debatten um die Regulierung des Finanzmarktes oder um gute Arbeit beeinflussen die Entwicklung. Alle diese Debatten gehören daher gebündelt und einheitlich bewertet.
- In den neuen Umweltmärkten müssen dringend gewerkschaftliche Strukturen aufgebaut werden, da sich die Arbeitsbedingungen nicht grundlegend von der Situation in den traditionellen Industrien unterscheiden. Auch im Umweltbereich gibt es einen massiven Druck auf die Löhne und ständig wachsende Anforderungen an Effektivität und Produktivität. Die Politik muss die gewerkschaftliche Organisierung unterstützen, nicht torpedieren. Gewerkschaftsfreiheit darf kein Werbeargument für die Ansiedlung von neuen Umweltindustrien sein.
- Eine hohe Beschäftigungsqualität ist die Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Die Gewerkschaften müssen politischen Entscheidungsträgern und den Arbeitgebern die Wechselbeziehung zwischen schlechten Arbeitsbedingungen und wirtschaftlicher Entwicklung verdeutlichen.

Talentierte junge Menschen wandern ab, Kommunen fehlt das Geld für eine nachhaltige Entwicklung. Die Vergabe von Fördermitteln an Unternehmen in den neuen Umweltindustrien ist daher an die Einhaltung guter Arbeitsbedingungen zu koppeln.

- Die Gewerkschaften müssen stärker als bisher ihre Vision von einer nachhaltigen Arbeitsgesellschaft formulieren und in die politische Debatte einbringen, besonders auch auf europäischer Ebene. Angesichts des Auseinanderdriftens von sinkenden Lohnkosten und steigenden Ressourcenkosten dürfen Gewerkschaften nicht nur Befürworter von Arbeit und guten Arbeitsbedingungen sein, sondern müssen sich auch für einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen engagieren.